

Kommunale Freiheit stärken.

Digitalisierung nutzen.

Verwaltung straffen.

Für faire, bürgernahe und selbstbestimmte Kommunal-
und Verwaltungsstrukturen in Thüringen.

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Thüringen **FDP**

Präambel: Regionale Identität erhalten

Wir Freien Demokraten sind der Überzeugung, dass keine neue Gebietsreform sondern allein eine **dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform** die strukturelle Zukunft Thüringens nachhaltig gestalten kann. Nur wenn es gelingt, die politischen Entscheidungen im Sinne der regionalen Identität vor Ort zu belassen und zugleich die Verwaltungsstrukturen effizienter und großräumiger zu gestalten, kann eine belastbare Struktur entstehen. Beides miteinander zu vereinbaren, ist die politische Herausforderung, der sich unser Modell stellt.

Einsparpotentiale liegen in erster Linie in einer Verwaltungsreform - in der Bündelung der Wahrnehmung materieller Landesaufgaben beim Land und in der Reduktion der verbleibenden Verwaltung in Kreisen und Gemeinden.

Wir Thüringer Liberale verstehen, dass sich regionale Identität nur dann bildet, wenn Entscheidungen – welche die Menschen unmittelbar vor Ort betreffen – auch tatsächlich durch diese Menschen getroffen werden können. Regionale Identitätsangebote müssen deshalb die Lebenswirklichkeit der Bürger abbilden. Daher sind die **kommunalen Strukturen die Grundpfeiler gelebter Demokratie** im Freistaat Thüringen.

Regionale Identität löst sich mithin auf, wenn diejenigen Entscheidungen, die das unmittelbare Umfeld der Menschen prägen, nicht mehr im Raum der regionalen Identität verankert sind. Je größer die Entfernung zwischen Entscheidungsort und Betroffenen, desto geringer ist die Bindung zwischen Bürgern und Entscheidern. Diese Bindung ist jedoch der ganz wesentliche und entscheidende Faktor, damit sich Bürgerinnen und Bürger ernstgenommen fühlen, damit sie sich engagieren. **Der Grad des ‚Ernstgenommen Werdens‘ ist ein zentraler Indikator für die Zufriedenheit der Bürger mit unserer Demokratie**, weshalb politische Strukturen durch die Bürger selbst nah am Bürger bleiben müssen.

Kommunales Engagement ist nahezu ausschließlich ehrenamtlich geprägt. Hauptmotivation ist der Wille das direkte persönliche Lebensumfeld zu gestalten. Große Gebietskörperschaften greifen daher in zwei Richtungen die Motivation kommunalpolitisch Tätiger an. Zum einen durch ihre hohen Opportunitätskosten (Reduktion der eigenen Freizeit durch eine die Vielzahl an Gremiensitzungen sowie die zeitlichen und finanziellen Kosten weiterer Anfahrtswege) und zum anderen das Fehlen eigener, regionaler Betroffenheit. Beides ist dem politischen Engagement abträglich.

A. Selbstverwaltung ernst nehmen – Gemeindestrukturen vor Ort bestimmen

Die kommunale Selbstverwaltung ist für uns Freie Demokraten ein nicht verhandelbares Gut. Wir sehen unsere Kommunen als „Grundschulen der Demokratie“ und möchten den **Städten und Gemeinden im Freistaat deshalb mehr denn weniger Entscheidungskompetenzen** geben.

Eine zentralistische Gebietsreform vom Erfurter Reißbrett aus ist kontraproduktiv und wir lehnen eine solche ab. Allein die Freiwilligkeit von Gebietszusammenschlüssen schafft deren Akzeptanz bei der Bevölkerung.

1. Thüringer Gemeinden sollen eigenständig über kommunale Strukturen entscheiden und diese ohne Zustimmung des Innenministers und der Landesregierung beschließen können. Wir nehmen damit den Begriff der Kommunalen Selbstverwaltung wortwörtlich und leben kommunale Freiheit und Vielfalt.
2. Selbstbestimmung ist keine Einbahnstraße: Bei entsprechendem Bürgerwillen muss Ortsteilen auch der Weg zurück in eine eigenständige Gemeinde ermöglicht werden.
3. Die interkommunale Zusammenarbeit und die Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften stellen einen bürgernahen und dezentralen Weg zu effizienten Verwaltungsstrukturen dar. Eine generelle Abschaffung der VGs lehnen wir als Freie Demokraten ab.

4. Die bestehenden kommunalen Strukturen werden auf Wunsch um direktdemokratische Elemente erweitert (z.B. ähnlich der Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz, in welchen der VG-Rat und VG-Vorsitz durch die Bürger direkt gewählt werden).
5. Die Eigenständigkeit der einer VG angehörenden Gemeinden und der beauftragenden Gemeinden bleibt erhalten. Freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden und eine Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit bleiben davon unberührt.

Wenn die **Landesregierung Einheits- und Landgemeinden zwischen 6.000 und 10.000 Einwohnern durchsetzt, so verliert Thüringen seine hervorstechende kommunale Vielfalt**. Die selbstbestimmte Entwicklung der Gemeinden prägte unseren Freistaat in den letzten beiden Jahrzehnten, wobei dabei niemals die Verwaltung sinnbildend für die Identität einer (auch VG-angehörigen oder beauftragenden) Gemeinde ist, sondern die kommunale Selbstbestimmung innerhalb ihrer Eigenständigkeit.

B. Digitale und kreisübergreifende Verwaltung statt Zentralismus

Der digitale Wandel hat im Bereich der Privatwirtschaft bereits viele altbekannte Geschäftsmodelle neu erfunden und verkrustete Strukturen zum Wohle der Bürger aufgebrochen. In unseren Verwaltungsstrukturen hingegen ist diese Entwicklung noch nicht wirklich angekommen. Das „E-Government“ im deutschen Sinne beschränkt sich in Thüringer Verwaltungen auch Mitte des zweiten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert noch viel zu oft auf die Bereitstellung von E-Mail-Adressen und die Möglichkeit, Informationen auf PDF-Dokumenten zur Verfügung zu stellen.

Anstatt wie andere europäische Staaten digitale Chancen und die Abläufe neu zu denken, werden bei uns bürokratische Strukturen aus dem vergangenen Jahrhundert weiter manifestiert. Auch die debattierten rot-rot-grünen Großkreise zwischen 130.000 und 300.000 Einwohnern würden an dieser Problematik nichts ändern, denn sie gehen an der Notwendigkeit vorbei, **die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten**. Um dies zu erreichen, braucht Thüringen keine Großkreise, sondern eine mutige E-Government-Offensive.

Die Freien Demokraten in Thüringen haben sich lange nach gleichsam effizienten wie praktikablen Lösungen umgesehen und verschiedene Ansätze abgewogen. Für uns ist **das estnische Modell beispielgebend für eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie der öffentlichen Verwaltung**. Hier muss sich Thüringen aus dem Erfolg der „Best-Practice“-Modelle anderer Länder die Elemente entnehmen, um seine Verwaltungen entsprechend bürgernah und effizient zu modernisieren. Konkret heißt das:

1. Bürokratieabbau und papierschlankere Verwaltung, um hierdurch viele Abläufe effizienter zu gestalten.
2. So viele Verwaltungsdienstleistungen wie möglich müssen mittels eID (dies ist die Online-Ausweisfunktion des neuen Personalausweises) komplett online angeboten werden, insbesondere Standesamt, Meldestelle, Sozialleistungen oder Unternehmensgründung.
3. Mit Bürgerterminals (Bildschirm, Kamera, Scanner, Drucker und Kartenlesegerät) bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen dezentralen Zugang zum Landratsamt schaffen. Bei Bedarf ist Unterstützung vorzuhalten.

C. Verwaltung aufgabenorientiert gestalten

Losgelöst von der Frage, ob und wie eine Gebietsreform in Thüringen Sinn macht – zu der sich die Freien Demokraten bereits in der Präambel positioniert haben –, ist die grundsätzliche Aufgabenkritik und der dringend **notwendigen Verwaltungsreform**. Politik muss also fragen, welche Aufgaben Verwaltungen zu leisten haben und wie sie diese leisten soll.

Verwaltungen in Thüringen werden nicht nur vom Bürger finanziert, sondern sind auch sein Dienstleister. Sich als solcher zu verstehen und trotzdem effizient die Anliegen der Bürger rasch zu prüfen, zu bearbeiten und zu bescheiden, ist kein Widerspruch: **Es ist die Aufgabe der Verwaltungen.**

Grundlegend gilt: Die große Masse dessen, was Thüringer Bürger als Verwaltungsaufgaben kennen, sind originäre Aufgaben des Freistaates und in früherer Zeit nur deshalb auf die kommunale Ebene übertragen worden, weil das Land über keine eigene Verwaltung vor Ort verfügte. **Was in der prädigitalen Ära unabdingbar war – die Erreichbarkeit der Verwaltung vor Ort sicherzustellen – ist dank der digitalen und kreisübergreifenden Verwaltung auf unkomplizierte Weise möglich.** Eine vom Bürger akzeptierte und genutzte Verwaltung könnte heute für ihn unabhängig vom Wohnort nur einen Mausklick entfernt sein.

Derzeit erledigen die Kommunen, also Städte, Gemeinden und Kreise, neben originären Aufgaben der **kommunalen Selbstverwaltung, mehr als 120 (in Worten: Einhundertundzwanzig) Aufgaben für den Freistaat** mit und müssen hierfür entsprechende Kapazitäten bereitstellen. Grundsätzlich handelt es sich hier um Angelegenheiten, bei denen keine Mitbestimmung durch die Vertreter der örtlichen Selbstverwaltung angezeigt ist. Vor allem, weil sie unter Gleichheitsgesichtspunkten für alle Bürger gleich zu vollziehen sind. Diese Aufgaben aus der Kommunalverwaltung herauszulösen, beim Land zu bündeln, den **Verwaltungsvollzug schlank zu organisieren und die Kommunen und Kreise zu entlasten, birgt das eigentliche finanzielle Einsparpotential** – für beide Seiten.

Denn Verwaltungsaufgaben teilen sich bereits heute in Entscheidungen, die **individuelle Sach- und Vor-Ort-Kenntnisse verlangen** (wie Bauanträge), und nah am Bürger belassen werden sollten, sowie in Entscheidungen, die einen **binären Entscheidungshorizont besitzen** (etwa Kfz-Angelegenheiten, Einwohnermeldeamt, Gewerbeanmeldung), also nach Aktenlage getroffen werden. Auch Aufgaben, die **hochspezifisches Fachwissen erfordern** (Veterinärmedizin, Umweltamt, Gesundheitsamt), sind durch Kommunen und Kreise oft kaum abzusichern. Gerade binäre Entscheidungslagen oder nötiges hochspezifisches Fachwissen bieten erhebliche Möglichkeiten die Thüringer Verwaltungen raumgreifend zu organisieren, weiter zu spezialisieren und Einsparungen sowie Effizienzgewinne zu realisieren.

Für uns Freidemokraten ist nicht wirklich entscheidend, wo eine Verwaltungsentscheidung getroffen wird, sondern ob die **Anträge der Bürger sachgerecht, schnell und in einem vertretbaren Kostenrahmen** realisiert werden.

Fazit

Letztlich ergibt sich aus unseren Forderungen nur ein einziges Fazit: Der Entwurf der Freien Demokraten Thüringen ist das Gegenteil der strukturkonservativen Politik der anderen. Sowohl die CDU-Opposition (die am liebsten alles so belassen möchte, wie es ist), als auch die rot-rot-grüne Landesregierung (alles bleibt wie es ist, nur in größeren Einheiten), blenden strukturelle Änderungszwänge aus.

Wir Freien Demokraten haben vor 25 Jahren die entscheidenden Weichen für die erfolgreiche Entwicklung des Freistaates gestellt. Es ist an der Zeit, diese Strukturen den heutigen und zukünftigen Herausforderungen anzupassen. **Ein Update des Freistaates ist überfällig.**

Wir wollen **keine Bezirke 2.0 sondern den Freistaat 4.0.** Wir wollen einen Freistaat der Bürgern den Raum lässt, sodass sich deren Talente bestmöglich entfalten können. Grundlage dafür ist eine Landes- und Verwaltungsstruktur, die den Anforderungen und Erwartungen seiner Bürger gerecht wird.

Wir Freien Demokraten sehen als Markstein dafür die **dynamische Kommunal- und Verwaltungsreform!**